

nutzen, im westlichen Ausland um politisches Asyl zu bitten — wie viele alte Freunde Dubčeks.

Dem unterschiedlichen politischen Kalkül entsprach die Prager Propaganda. In den ersten Wochen nach seiner Akkreditierung in Ankara wurde Dubček nach Art eines gutgläubigen Toren von der Parteipresse auffällig geschont. Anfang März aber beschloß die Kontroll- und Revisionskommission, Dubčeks Parteimitgliedschaft zu suspendieren und gegen ihn ein Parteiverfahren einzuleiten.

Das Belastungsmaterial, mit dem KPC-Konservative den Botschafter ins Exil treiben wollten, stammte aus Frankreich: Der kürzlich wegen Häresie aus der französischen KP ausgeschlossene Polit-Professor Garaudy hatte seine Genossen überführt, das Politbüro-Mitglied Etienne Fajon, Direktor der französischen KP-Zeitung „L'Humanité“, habe stenographische Notizen über ein Gespräch zwischen dem französischen KP-Chef Waldeck Rochet und dessen damaligem ČSSR-Kollegen Dubček vom Juli 1968 den Prager Reform-Feinden in die Hände gespielt (SPIEGEL 22/1970).

Inzwischen verlautet aus der KPF, das diskriminierende Papier sei von Sowjet-Agenten in der Pariser Zentrale heimlich fotografiert und nach Prag geschmuggelt worden.

Den Partei-Revisoren war das noch immer nicht genug Munition, um ihren gefürchteten Feind aus der Partei zu feuern. Anfang April behauptete die mittelböhmische Parteizeitung „Svoboda“, Dubček sei über Pläne von Reform-Anhängern informiert gewesen, mit Hilfe einer illegalen Parteiorganisation einen Partisanenkrieg gegen die Besatzungstruppen zu eröffnen.

Drei Wochen später verdächtigte das Prager Parteiblatt „Rudé právo“ die 1481 Mitglieder der nach dem August 1968 in der ČSSR gegründeten „Dubček-Klubs“ gezielter Subversion im Namen ihres Klub-Idols.

Am 30. Mai — dem Tag von Dubčeks Heimkehr — schließlich bezichtigte „Rudé právo“-Chef Miroslav Moc den einstigen Parteichef der Korruption. Ohne nähere Erläuterung rückte er den Reformen in die Nähe des von Dubček gestürzten Stalinisten Novotný: „Kann es Zufall sein, daß Alexander Dubček in dem engen Kreis der Auserwählten beim Empfang der nur zu bekannten Briefe, die hohe finanzielle Wertschätzung enthielten, einen zweiten Platz einnahm?“

Wenige Tage nach Dubčeks Rückgriff auch die Moskauer „Prawda“ nach langer Pause wieder in die Anti-Dubček-Kampagne ein. Seit Monaten hatte das sowjetische Parteiblatt den Namen des populärsten Kommunisten Europas verschwiegen; Dubček sollte offenbar für russische Leser zur politischen Unperson werden.

In der „Prawda“ vom 3. Juni wurde sein Name wieder genannt; in einem Aufsatz, der die Säuberung der KPC von „allen rechts-opportunistischen Elementen und Karrieristen“ preist.

ARGENTINIEN

MILITÄRPUTSCH

Ersatzmann entführt

Auf der Plaza de Mayo in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires marschierten Truppen auf: Sie umzingelten das Regierungspalais.

An den Fenstern des rosa Prunkbaus rasselten Eisengitter herunter; dahinter bauten Grenadiere des Regiments San Martín Maschinengewehre auf.

Im Innern der belagerten Festung hielt Argentiniens Staatspräsident, Kavalleriegeneral Juan Carlos Onganía, 56, Kriegsrat mit seinem Hausgeistlichen, dem Pater Mariano Castex. Der Seelenhirte riet dem General zur Kapitulation, um Blutvergießen zu vermeiden.

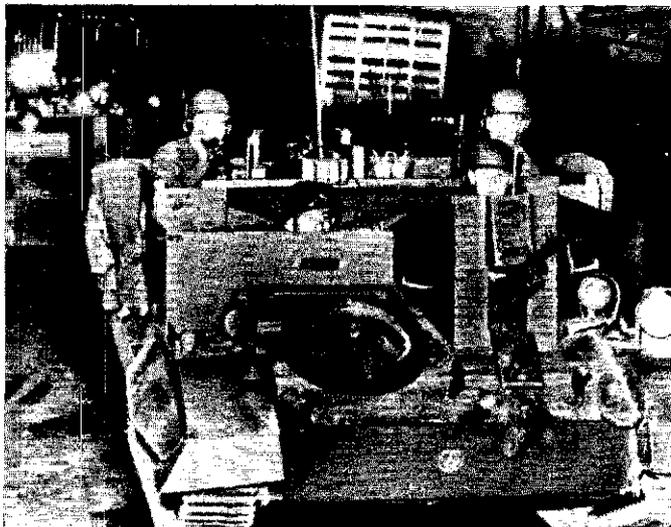
Um 20 Minuten vor Mitternacht, am vergangenen Montag, folgte der Ge-

gania schien Argentinien zunächst tatsächlich, zumindest äußerlich, zur Ruhe zu kommen.

Onganía schränkte die Macht der von dem einstigen Diktator Juan Perón gegründeten Gewerkschaften ein; in dem Land, das seit Jahren von Streiks geschüttelt worden war, gab es nun kaum noch Arbeitskämpfe.

Die strikte Stabilitätspolitik des Wirtschaftsministers Dr. Adalberto Krieger Vasena drosselte die Inflationsrate, die zu Zeiten Illias bei durchschnittlich 50 Prozent im Jahr gelegen hatte, auf 9,6 Prozent im Jahre 1968. Das Regime hortete Devisen und erreichte schließlich den Rekordvorrat von 910 Millionen Dollar. Immer mehr ausländische Firmen investierten in dem Land, dessen Peso zu einer der härtesten Währungen Lateinamerikas avancierte.

Den Preis für die Prosperität freilich zahlten Arbeiter und Kleinbürger.



Junta-Truppen (in Buenos Aires), Junta-Opfer Onganía: Historische Pflicht erfüllt

neral dem Rat des Geistlichen: Fast 12 Stunden nachdem die Oberbefehlshaber des Heeres, der Marine und der Luftwaffe den Präsidenten aufgefordert hatten, sein Amt niederzulegen, erklärte Onganía seinen Rücktritt.

Der Mann, den die Militärs jetzt seiner „autokratischen Neigungen“ wegen stürzten, war einst von Militärs an die Macht gebracht worden, weil er „der einzige Bürger von Präsidentenformat“ schien, so die Tageszeitung „La Nación“, „den alle politischen Gruppen des Landes akzeptierten.“

Im Juni 1966 hatten die drei Oberbefehlshaber der Streitkräfte gegen Argentiniens letzten demokratisch gewählten Präsidenten, den Landarzt Dr. Arturo Illia geputscht. Sie lösten den Nationalkongreß auf, besetzten den Obersten Gerichtshof neu und verboten die etwa 20 politischen Parteien.

Unter dem Oberbefehl des von der Junta zum Präsidenten gekürten On-

den um die Inflation bremsen zu können, fror das Regime 1967 die Löhne ein. Rationalisierungsversuche in veralteten Industrien — so etwa in der Zuckerprovinz Tucumán — machten Zehntausende von Menschen arbeitslos.

Betrogen um das von Onganía versprochene wirtschaftliche Wohlergehen, bedrückt von der politischen Entmündigung, setzten sich im Frühling letzten Jahres erstmals Arbeiter und Studenten gegen den „unbehaglichen Waffenstillstand“ („The Guardian“) zur Wehr, den das Regime ihnen drei Jahre lang geboten hatte.

Als im Mai des vergangenen Jahres bei Studentendemonstrationen gegen erhöhte Mensapreise ein Medizinstudent von Polizisten erschossen wurde, wandelte sich die „Pax Onganía“ jäh in einen Bürgerkrieg: In den großen Städten protestierten Studenten und Arbeiter gegen das Regime. Mit Panzern und Paras gingen Polizei und

Militär gegen die Demonstranten vor. In der Universitätsstadt Córdoba, dem Zentrum des Aufruhrs, gab es 29 Tote. Am 30. Mai riefen die bis dahin zerstrittenen peronistischen Gewerkschafts-Dachverbände gemeinsam den Generalstreik aus; drei Millionen Werktätige legten für 24 Stunden die Arbeit nieder.

Noch dreimal riefen allein während des vergangenen Jahres die Gewerkschaften zum Generalstreik auf. Als im Sommer der peronistische Metallarbeiterboß Augusto Vandor, genannt El Lobo („Der Wolf“), von unbekanntem Tätern ermordet wurde, wußte sich das Regime nur durch den Belagerungszustand zu helfen — der bis heute nicht aufgehoben wurde. Hunderte von Regimegegnern wanderten für Monate ins Gefängnis.

Die brutale Repression brachte Reitergeneral Onganía um Ansehen und Autorität — auch bei vielen Militärs. Die alte Kluft zwischen Liberalen und Nationalisten, die in früheren Jahren zu erbitterten Richtungskämpfen unter den Militärs geführt hatte und die der Staatschef bis dahin einigermaßen geschickt überbrücken konnte, brach wieder auf.

Immer häufiger und immer ungenierter überfielen zudem in den vergangenen Monaten Terroristen Banken und Polizeiposten, Militärzüge und Kasernen, um Geld oder Waffen zu rauben. Im März dieses Jahres entführten Extremisten den paraguayischen Konsul in Argentinien, Waldemar Sánchez.

Der offenbar entscheidende Schlag gegen das Prestige des Generals fiel im vergangenen Monat — am 29. Mai, dem „Tag der Streitkräfte“, genau ein Jahr nach dem Aufstand von Córdoba: Zwei Männer in Militäruniform besuchten den Ex-Präsidenten General Pedro Eugenio Aramburu in seiner Wohnung und verschwanden mit ihm.

Präsident Onganía schickte 22 000 Polizisten auf die Suche nach dem Verschollenen — vergebens. Bis zum vergangenen Wochenende blieb unklar, wer die Entführer waren und ob ihr Opfer, wie in mehreren Manifesten angedroht, schon exekutiert ist.

Einige Monate vor seiner Entführung hatte Aramburu in der Provinzzeitung „Los Principios“ beklagt, daß das Regime Onganía die Ziele der Revolution von 1966 nicht erreicht habe. „Ich vertraue darauf“, so Aramburu, „daß die drei Oberbefehlshaber ihre historischen Pflichten erfüllen werden.“

Sie seien sich ihrer „historischen Verantwortung bewußt“, erklärten nun die drei Mitglieder der Junta, Heereschef Lanusse, Luftwaffengeneral Rey und Admiral Gnavi, als sie letzte Woche den Präsidenten stürzten.

Als „Ersatzmann für Onganía, von dem die Liberalen wie auch einige Militärs träumen“, so die Zeitschrift „Panorama“, galt bislang der verschwundene Aramburu.



Plan-Kommissar Montjoie
„Vitamine für die Wirtschaft“

WIRTSCHAFTSPLAN FRANKREICH Zukunft mit Fifi

Amerikas Präsident John F. Kennedy hoffte einst, mit ihrer Hilfe die US-Wirtschaft zu sanieren, und schickte ein Expertenteam. Frankreichs Präsident Charles de Gaulle nannte sie eine „flammende Verpflichtung“ und eine „große Sache“. Beide Staatsmänner meinten — Anfang der sechziger Jahre — die französische Planifikation.

Heute ist das Renommee der französischen Wirtschaftsplanung „auf dem niedrigsten Punkt seit zehn Jahren“ (so „Le Monde“). Corentin Calvez von der Manager-Gewerkschaft „Confédération générale des cadres“ (CGC) behauptet gar: „Man kann gut ohne den Plan leben.“

Seit einem Vierteljahrhundert ist „la planification“ das Zauberwort, mit dem das Land den Sprung zur Industrie-Großmacht schaffen will. Denn



Plan-Kritiker Rueff
„Kikeriki“

erst 41 Prozent (Bundesrepublik: 48 Prozent) der Beschäftigten arbeiten in der Industrie, nur ein Viertel (Bundesrepublik: 40 Prozent) in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten.

Alle fünf Jahre werden für die meisten Wirtschaftsbranchen, aber auch für Bereiche wie Erziehung und Gesundheitswesen, Einzelpläne aufgestellt, in denen unter anderem Wachstumsrate, Lohnsteigerungen, Preisentwicklung und Betriebsstillegungen projektiert werden. Was früher Hunderte von Planbeamten in Handarbeit austüftelten, errechnet heute der Großcomputer „physico-financier“ — von den Franzosen nach seinen Anfangslauten kurz „Fifi“ genannt.

Fifi fand beispielsweise heraus, daß bei einer Wachstumsrate von 6,5 Prozent im Jahre 1975 etwa 150 000 Kleinbetriebe (mit 1,6 Millionen Arbeitern) pleite machen werden und etwa 300 000 Händler den Beruf wechseln müssen.

Die Vorhersagen über künftige Wachstumsraten waren bislang sehr präzise. Für die Planperiode 1962 bis 1965 hatten die Planer 6,2 Prozent vorhergesagt und 6,3 Prozent erreicht. Für den laufenden Fünften Plan (1966 bis 1970) stimmen Planziel und Realität sogar genau überein: 5,7 Prozent.

Aber: In einzelnen Jahren differiert prognostiziertes und realisiertes Wachstum beträchtlich. 1968 beispielsweise irrten sich die Planer um 4,2 Prozent, 1969 sogar um 8,7 Prozent. Schlimmer noch ist, daß sich die Planprognose für bestimmte volkswirtschaftliche Größen als völlig falsch erwies. So hatten Frankreichs Planer für die Fünfjahresperiode 1966 bis 1970 beispielsweise eine Preissteigerung von 1,5 Prozent jährlich vorausgesagt — in Wirklichkeit waren es 4 Prozent.

„Der Plan“, behauptet Frankreichs oberster Plankommissar René Montjoie euphorisch, „das sind Vitamine für die Wirtschaft.“ Nüchternere urteilten die beiden amerikanischen Ökonomie-Professoren John H. McArthur und Bruce R. Scott. In einer jüngst veröffentlichten Untersuchung stellten sie fest, daß die Planifikation „praktisch keinerlei Einfluß auf die Politik französischer Unternehmen“ habe.

Das war nicht immer so. Als Frankreichs damaliger Plan-Kommissar Jean Monnet 1945 den ersten Plan aufstellte, ging es in erster Linie darum, die Basis-Industrien wiederaufzubauen. Mit Produktions-Kontingenten, Importlizenzen und amerikanischen Marshallplan-Geldern lenkte die Regierung Frankreichs Wirtschaft genau nach Monnets Muster. Der Plan wurde ein voller Erfolg.

„Vom zweiten Plan an jedoch“, kritisiert heute das Wirtschaftsmagazin „L'Expansion“, „gewann die Planifikation in gleichem Maße an Umfang, wie sie an Tiefe verlor.“ Am neuesten Sechsten Plan, der diese Woche im Parlament beraten wird, zimmerten 2926 Wirtschaftler und Administratoren, Wissenschaftler und Ingenieure in 68 Ausschüssen. Sie zankten sich oft um lächerliche Details.

Unter Vorsitz von Staatspräsident Georges Pompidou zerstritt sich die